

Bericht an den NÖ Landtag zur Situation des Hochwasserschutzes in NÖ

Situation nach der Hochwasserkatastrophe 2002

Das Bundesland NÖ wurde durch die Hochwasserereignisse vom August 2002 schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das unmittelbare Schadensausmaß lag bei rd. € 700 Mio.

Im Auftrag von LH Dr. Pröll hat ein Expertengremium unter Leitung von Prof. Biffl Empfehlungen für einen umfassenden Hochwasserschutz in NÖ erarbeitet.

Im Ergebnis werden vorrangig gefordert:

- die flächendeckende Ausweisung der Hochwasserabflussgebiete
- die Verbesserung des Prognose- und Alarmierungssystems
- der Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung ökonomischer, aber auch ökologischer Zielsetzungen entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Über die Sonderfinanzierung des Landtagsbeschlusses zur Beseitigung der Hochwasserschäden ist es gelungen die Ausweisung der Hochwasserabflussgebiete zu finanzieren. Teilergebnisse liegen bereits vor, bis Ende 2006 wird die Ausweisung an den relevanten Gewässerstrecken abgeschlossen werden.

Verbesserte Prognose- und Alarmierungssysteme für den Kamp und die Donau sind derzeit im Probetrieb und werden Anfang 2006 in Echtbetrieb gehen.

Für die restlichen großen Gewässer werden in den Folgejahren Prognosesysteme aufgebaut. Für die kleineren Einzugsgebiete werden Frühwarnsysteme installiert.

Schlussfolgerungen daraus, notwendige weitere Umsetzungsschritte

Bereits die Hochwasserereignisse im August 2002 haben einen enormen Umsetzungsdruck für den Bau von Hochwasserschutzprojekten ausgelöst. Sowohl die Hochwässer an der Donau im Jahr 2005 als auch insbesondere die Ereignisse in der Steiermark und in Westösterreich haben die Bevölkerung zusätzlich sensibilisiert.

Bisher wurden in den Hochwasserschutz jährlich rd. € 21 Mio. für Neubauten und Erhaltungsmaßnahmen investiert, der Landesanteil lag in den letzten Jahren bei rd. € 7 Mio.

Demgegenüber liegen von den Gemeinden bereits derzeit konkrete Projekte für Hochwasserschutzmaßnahmen mit einer Gesamtinvestitionssumme in NÖ von € 300 Mio. vor, was einen Landesanteil von rd. € 106 Mio. bedeutet. Es muss allerdings damit gerechnet werden, dass in den nächsten Jahren weitere Hochwasserschutzplanungen und -projekte dazukommen. Bei einer Hochrechnung bis 2020 ist daher nach derzeitigem Wissensstand ein Gesamtinvestitionsbedarf von zumindest € 470 Mio. zu erwarten, wofür ein Landesanteil von € 156 Mio. zu berücksichtigen ist.

Um den erforderlichen Hochwasserschutz in einer nachhaltig wirksamen Form errichten und gleichzeitig dazu auch den ökologischen Aspekt berücksichtigen zu können, ist es begleitend zur Errichtung der aktiven Hochwasserschutzbauten notwendig, sowohl die Prognose- und Alarmierungssysteme weiter auszubauen aber auch allumfassende Maßnahmen zur Verringerung des Hochwasserabflusses in der Fläche zu setzen.

Somit es ist unumgänglich und erklärtes Ziel auch die Arbeiten zur Ausweisung des Hochwasserabflussgebiete und Verbesserung der Prognose- und Alarmierungssysteme fortzusetzen, gemeinsam mit den notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen ein nach Prioritäten gereihtes Bauprogramm zu erstellen und die dafür notwendigen Mittel in einer Höhe von derzeit geschätzt € 470 Mio. im Rahmen einer Sonderfinanzierung sowohl vom Bund, Land und den Gemeinden aufzubringen.

In Verfolgung dieser Ziele werden mit dem BMVIT und dem BMLFUW als zuständige Ministerien Verhandlungen über eine Sonderfinanzierung geführt und landesintern Maßnahmen geplant, um die notwendigen Voraussetzungen für einen kurzfristig und rasch realisierbaren und nachhaltigen Hochwasserschutz sicherzustellen und den erforderlichen Landesanteil für die aktiven Hochwasserschutzbauten in der Größenordnung von € 156 Mio. aufzubringen.